


Die zunehmende Belastung von Luft, Boden und Wasser, das steigende Verkehrsaufkommen und der dadurch ungebremst zunehmende Lärm setzen einer ungezügelter Entwicklung Grenzen. Es genügt nicht, die Symptome zu kurieren, es müssen die Ursachen bekämpft werden. Dazu ist es zum Beispiel notwendig, den Bau der weiteren Landebahn Nordwest des Frankfurter Flughafens zu verhindern, der dazu führen würde, dass weite Teile des Kreisgebietes unbewohnbar werden und Entwicklungschancen der betroffenen Städte und Gemeinden erheblich eingeschränkt wären. Deshalb stimmen wir einer Kapazitätserweiterung des Flughafens nur innerhalb seiner jetzigen Grenzen zu, d.h. ohne zusätzliche Start- oder Landebahn und ohne zivile Nutzung von Erbenheim. Um Lebensqualität zu erhalten, ist auch die weitere ökonomische Entwicklung notwendig. Arbeitnehmerfamilien mit durchschnittlichem Einkommen müssen bezahlbaren Wohnraum erhalten. Die hier ansässigen Unternehmen müssen sich weiter entwickeln können, neuen Unternehmen muss die Ansiedlung ermöglicht werden. Die vorhandene kommunale Infrastruktur muss der Bevölkerungsentwicklung und den neuen Problemen angepasst werden.


Wir wollen weiteres Wachstum, aber nicht um jeden Preis. Wachstum muss die Bedürfnisse der Menschen befriedigen, ohne die Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen zu zerstören. Deshalb treten wir für qualitatives Wachstum ein: für die Erhaltung von Natur und Landschaft als Lebensraum in einer modernen Wirtschaftsregion; für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs; für Schulen, die baulich und ausstattungsgemäß auf dem neuesten Stand sind.

Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen, sie ist zentrale Bedingung für eine humane Gesellschaft und Voraussetzung zur Steigerung unserer Lebensqualität.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen, ausreichende Kindertagesstättenplätze, Ganztagschulen und vernetzte Seniorenwohnanlagen, die mit anderen – z.B. kulturellen – Einrichtungen kooperieren, bereitstellen, sowie Arbeitsplätze und vor allem Ausbildungsangebote für unsere Jugend schaffen und sichern.

Ein Grundbedürfnis der Menschen ist, dass sie in ihrer Gemeinde und ihrem Kreis sicher leben können und dass ihre Gesundheit und ihr Eigentum geschützt werden. Zusammen mit der Polizei, den Strafverfolgungsbehörden, den Verwaltungen, dem Jugend- und Sozialamt, den freien Trägern und engagierten Bürgerinnen und Bürgern müssen Konzepte entwickelt werden, mit denen Kriminalität eingedämmt oder verhindert werden kann. Die Präventionsräte sind hier ein richtiger Ansatz. Aber auch die Präsenz der Polizei in den Städten und Gemeinden muss erhöht werden, um mehr Sicherheit auf Straßen, Plätzen und in Bahnen zu erhalten. Körperliche und psychische Gewalt gegen Frauen gehört auch heute noch zur Realität. Notwendig ist eine Veränderung des gesellschaftlichen Bewusstseins ebenso wie die finanzielle Sicherung des Frauenhauses.

Ihre

 Nancy Faeser MdL
 Vorsitzende der SPD Main-Taunus

Ihr

 Karl Thumser
 Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion
 Main-Taunus

INHALTSVERZEICHNIS

Bestandsaufnahme	2
Die weitere Entwicklung – sozial und ökologisch verträglich.....	2
Unsere Politik im Einzelnen	6
1. Familienpolitik im Main-Taunus-Kreis: Soziales, Jugend, Schule, Bildung	6
1.1. Soziales und Jugend: Vielfältige Lebenswirklichkeit	6
a) Frühkindliche kulturelle Bildung	6
b) Beratungs- und Hilfsangebote	7
c) Den demographischen Wandel als Chance begreifen.....	7
1.2. Schule und Bildung.....	8
a) Betreuungsangebote für Kinder wohnortnah sicherstellen.....	8
b) Schulen als moderne Lernzentren	8
2. Der Main-Taunus-Kreis und die Region	10
3. Modernisierung der Kreisverwaltung.....	11
4. Finanzen.....	12
5. Wirtschaftsstrategie für den Main-Taunus-Kreis	13
6. Arbeiten, Bauen und Wohnen	13
6.1. Arbeiten	14
6.2. Bauen und Wohnen	14
7. Verkehr und Umwelt	15
7.1. Verkehr.....	15
7.2. Umwelt.....	16
a) Landschaft	16
b) Boden	17
c) Luft.....	17
d) Wasser.....	17
e) Abfall	17
f) Lärm	18
g) Flughafen.....	18

8. Energie	18
8.1. Energiewende schafft Arbeit und ökologische Zukunft vor Ort	18
8.2 Der Main-Taunus-Kreis als Vorreiter in der Nutzung erneuerbarer Energien	19
8.3. Die Rekommunalisierung der Energieversorgung	19
8.4. Erneuerbare Energien in Wasser- und Abfallwirtschaft	19
8.5. Solare Bau- und Stadtplanung	19
8.6. Bildungsmassnahmen	20
8.7. Die Intensivierung der kommunalen Energieagentur	20
9. Kultur	20
10. Sport	20
11. Der Main-Taunus-Kreis übernimmt Verantwortung in der EinenWelt	21

UNSERE POLITIK IM EINZELNEN

1. FAMILIENPOLITIK IM MAIN-TAUNUS-KREIS: SOZIALES, JUGEND, SCHULE, BILDUNG

1.1. SOZIALES UND JUGEND: VIELFÄLTIGE LEBENSWIRKLICHKEIT

Die Bürgerinnen und Bürger im Main-Taunus-Kreis sind traditionell weltoffen und tolerant. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für eine positive Entwicklung unserer Region mit vielfältigen Lebensformen in einem zusammenwachsenden Europa.

Moderne Familienpolitik heißt, der Vielgestaltigkeit von Familienwirklichkeit und zugleich den veränderten Anforderungen an Familie Rechnung zu tragen. Zum Miteinander der Gesellschaft gehören besonders die Vorsorge für Kinder und die Sorge um die Älteren. Die Generationen, aber auch die Geschlechter dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Main-Taunus-Kreis muss Familienkreis Nr. 1 in Hessen werden. Diskriminierungsfreies Miteinander, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, optimale Bedingungen für unsere Kinder in den Kindertageseinrichtungen und Schulen sind dafür die Voraussetzung, aber auch, dass ein Umfeld geschaffen wird, welches Anerkennung und Akzeptanz von Seniorinnen und Senioren fördert sowie Generationen und Kulturen zusammenführt.

KOMPETENTE VERWALTUNG

Das fängt schon bei der Verwaltung des Kreises an: Hier ist die soziale und die interkulturelle Kompetenz zu fördern. Gerade die Bereiche der Sozialverwaltung und der Jugendhilfe erfordern ein besonderes Maß an kommunikativen Fähigkeiten, um den erhöhten Anforderungen durch die Veränderungen in der Gesellschaft gerecht zu werden. Hohe Sensibilität für die vielfältigen Lebenswirklichkeiten der Menschen ist eine Grundvoraussetzung in der Verwaltung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises müssen deshalb durch Schulungen unterstützt werden, um diesen Anforderungen gerecht

werden zu können und ein angemessenes Arbeitsumfeld zu haben.

SCHWERPUNKTE FAMILIEN- UND BILDUNGSPOLITISCHEN HANDELNS:

Wir wollen Betreuungsangebote und Schulentwicklung aus einem Guss. Betreuung muss ortsnah sichergestellt werden. Dazu ist es erforderlich, dass Städte und Gemeinden neben Betreuungsangeboten für Kinder von 0 bis 6 Jahren in Kindergärten mit festgelegten Bildungsinhalten und für die Grundschule bis zum Ende der 4. Jahrgangsstufe verantwortlich sind.

A) FRÜHKINDLICHE KULTURELLE BILDUNG

Unser Ziel ist es, möglichst früh bei Kindern und Jugendlichen damit zu beginnen, sie an Theater, Tanz, Bildende Kunst, Literatur und Musik heranzuführen, um ihnen unabhängig von ihrem sozialen und kulturellen Hintergrund Zugänge zur Kultur zu eröffnen und zu ermöglichen. Kulturelle Interessen und schulische Bildung hängen sehr eng zusammen, Kinder mit einer niedrigen Bildung interessieren sich eher wenig für Kultur. Aktive Beschäftigung mit Kultur fördert soziale Kompetenzen und wirkt sich positiv auf Intelligenz, Ausdauer und Leistungsbereitschaft aus.

Wir wollen deshalb eine Bildungsoffensive „kulturelle Bildung von Anfang an“ starten:

- Organisation eines Theaterfestivals für Kinder in Kindertagesstätten und Grundschulen zusammen mit den Städten und Gemeinden,
- Gründung eines Musikschulfonds, der musikalische Früherziehung für alle Kindertagesstätten ermöglicht und Instrumentalunterricht in den Grundschulen anbietet,
- Entwicklung eines Projektes „Kunst in der Schule“ zusammen mit Kunstpädagog/innen, Künstler/innen und Kunststudierenden, das Kindern und Jugendlichen den Zugang zur Bildenden Kunst ermöglicht,
- Entwicklung eines Projektes, das die Leseförderung vor allem bei Grundschulkindern umfassend verfestigt.

B) BERATUNGS- UND HILFSANGEBOTE

Sowohl bei den Menschen als auch bei Institutionen steigt der Bedarf an Beratung und Hilfe. Dies bestätigt die Notwendigkeit von flächendeckenden Angeboten. Auch die Armutsbekämpfung ist ein großes Ziel. Zu viele Menschen müssen von sozialen Hilfeleistungen leben und darunter sind immer mehr Kinder und Jugendliche. Soweit kommunal möglich, müssen Angebote geschaffen werden, die den Menschen die Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen, ihnen gleiche Bildungschancen eröffnen und sie aus Hilfskreisläufen befreien.

Erziehungsberatungsstellen, Präventions- und Beratungsstellen für Erziehungshilfe sowie Drogenberatungsstellen müssen mit professionellen Beraterinnen und Beratern den Menschen helfen, ihr Leben zu meistern und den heutigen Anforderungen in der Gesellschaft gerecht zu werden.

Das bedeutet konkret:

- das Netz der Beratungsstellen im Main-Taunus-Kreis erhalten und ausbauen,
- die Verstärkung der ganzheitlichen Beratung im Main-Taunus-Kreis,
- die Sozialbüros in Hofheim und Eschborn als niedrigschwellige Anlaufstelle für Menschen in Notsituationen erhalten und unterstützen,
- Selbsthilfeinitiativen Erwerbsloser unterstützen,
- die Schuldnerberatung erhalten und ausbauen,
- Ausbau der Zusammenarbeit mit Trägern von Maßnahmen im Rahmen der Verbesserung der Erwerbsfähigkeit,
- Programme nach Maß für Erwerbslose,
- Unterstützung sozialer Projekte wie das Sozialkaufhaus und weiteren Angeboten wie Tafeln und Kleiderkammern,
- Selbsthilfeinitiativen (psychisch Kranke, Drogenabhängige, Suchtgefährdete) unterstützen,

zen sowie die gemeindenahe psychiatrische Versorgung sichern und ausbauen,

- Die Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben fördern und unterstützen,
- Wohnraum für „betreutes Wohnen“ fördern und ausbauen,
- die ökumenische Wohnraumhilfe im Taunus erhalten und fördern,
- die Erziehungsberatungsstellen personell verstärken, um individuelle und flexible Hilfsformen zur Unterstützung der Familien und der Kinder und Jugendlichen schnell und bedarfsgerecht umsetzen zu können,
- das Frauenhaus unterstützen und fördern,
- die qualifizierte wohnortnahe Seniorenberatung ausbauen,
- Integrationsprojekte unterstützen,
- Beratungsangebote für Migrantinnen und Migranten ausbauen und fördern,
- dafür sorgen, sprachliche und kulturelle Barrieren zu überwinden,
- benachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der sozialen und sprachlichen Integration unterstützen,
- Zusammenarbeit mit schwul-lesbischen Beratungsstellen (besonders für Jugendliche) außerhalb des Kreises.

C) DEN DEMOGRAPHISCHEN WANDEL ALS CHANCE BEGREIFEN

Unsere Alterspyramide verändert sich, der Anteil der über 65-Jährigen in der Bevölkerung wird sich bis zum Jahr 2030 massiv vergrößern. Senior/innen und Angehörige brauchen in unterschiedlichsten Lebenslagen dringend Unterstützung und Beratung aus einer Hand. Ausreichende Angebote an Beratung, besonders auch aufsuchende Beratung, werden gerade erst aufgebaut. Diese müssen unterstützt und erweitert werden.

Ältere Menschen sollen sich so lange wie möglich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen und selbstständig und selbst bestimmt leben können. Besondere Bedeutung kommt der Versorgung und Pflege zu. Sie müssen die Hilfen, die sie in Anspruch nehmen, selbst bezahlen können, um ihre Unabhängigkeit zu behalten. Menschen sollen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können, dazu ist es erforderlich, das Wohnumfeld umzugestalten und ambulante Betreuung zu fördern. Aber auch Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen werden flächendeckend nachgefragt. Auch stationäre Angebote sind wohnortnah zu gestalten.

Wir werden deshalb...

- die qualifizierte wohnortnahe Seniorenberatung ausbauen,
- den Ausbau von Tages- und Kurzzeitpflege fördern,
- das Hilfesystem für Demenzkranke erhalten und ausbauen,
- das Angebot „betreutes Wohnen“ ausbauen und generationenübergreifendes Wohnen fördern,
- Selbsthilfeinitiativen von Senioren unterstützen.

1.2. SCHULE UND BILDUNG

Tatsache ist: Kinder und Jugendliche wachsen heute anders auf als früher. Obwohl für die Mehrheit von Kindern und Jugendlichen nach wie vor die Familie der zentrale Ort des Aufwachsens ist, haben öffentliche Einrichtungen wie Kindergarten und Schule, aber auch Cliquen, die Medien und neue Informations- und Kommunikationstechniken starken Einfluss auf Heranwachsende. Die Konsequenz: Wir brauchen „ein neues Verständnis von öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen: Staat und Gesellschaft müssen die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen so gestalten, dass die Eltern und die jungen Menschen für sich selbst und füreinander Verantwortung tragen können“ (Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung).

A) BETREUUNGSANGEBOTE FÜR KINDER WOHNORTNAH SICHERSTELLEN

Nach dem „Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder“ sollen bis zum Jahr 2010 für 20 % der Altersgruppe der bis zu 3-jährigen Kinder qualitätsgerechte Tagesbetreuungsplätze geschaffen werden. Für Kinder im Kindergartenalter ist der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz qualitativ sicher zu stellen. Das bedeutet konkret:

Wir werden im Einzelnen umsetzen:

- bedarfsgerechte Schaffung von bezahlbaren Krippenplätzen,
- bedarfsgerechtes Angebot von Kindertagesstättenplätzen für Kinder ab 2 Jahren,
- Einrichtung einer kommunalen Tageselternvermittlungsstelle im MTK,
- Richtlinien zur Qualifizierung von Tageseltern,
- Erhöhung der Zahl der Ganztagsplätze mit Mittagessen für Kindergartenkinder,
- beitragsfreies, verpflichtendes letztes Kindergartenjahr als Vorschule,
- flexible Öffnungszeiten für Kindergärten,
- angemessene finanzielle Beteiligung des Kreises als Träger der Jugendhilfe.

B) SCHULEN ALS MODERNE LERNZENTREN

Eine gute Schulbildung ist für die Entwicklungschancen unserer Kinder und damit auch der Region unverzichtbar. Der Kreis kann als Schulträger durch die weitere Verbesserung und Modernisierung der sächlichen Ausstattung der Schulen sowie durch schulorganisatorische Maßnahmen dazu beitragen.

Im Mittelpunkt unserer Zielvorstellungen stehen die Schülerinnen und Schüler. Ihre Entwicklungsmöglichkeiten sind durch die Schule individuell zu fördern. Dabei gilt es, kein Kind zurück

zu lassen und ihre Begabungspotentiale auszuschöpfen.

Bildung soll dazu befähigen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. In den Entwicklungsphasen der Kinder und Jugendlichen kommt es darauf an, die notwendigen Entfaltungsmöglichkeiten zur Persönlichkeitsentwicklung anzubieten. Alle müssen eine Chancengleichheit erhalten und dies kann nur mit der Durchlässigkeit der Bildungsgänge erreicht werden.

Gesamtschulen mit Ganztagsangeboten sind geeignet, den heutigen Anforderungen gerecht zu werden. Sie ermöglichen ein wohnortnahe vollständiges Bildungsangebot, in dem alle Abschlüsse möglich sind. Sie schaffen die besten Voraussetzungen dafür, dass Kinder verschiedener Herkunft das Miteinander und den Respekt vor unterschiedlichen Fähigkeiten lernen.

Die Selbstverwaltung der Schulen durch Budgetierung muss weiter fortgeführt und ausgebaut werden.

Die Einrichtung von Ganztagschulen im MTK muss zügig vorangetrieben werden. Langfristiges Ziel ist, Ganztagsangebote an allen Schulen des Main-Taunus-Kreises anzubieten. Dafür müssen die baulichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Die umfassende Erweiterung, Sanierung und Renovierung älterer Schulen sowie der Neubau und die Sanierung von Sportstätten muss fortgeführt werden.

Im Bereich der Grundschulen streben wir eine verbindliche Kooperationsvereinbarung zwischen Kindertagesstätte und Schule an. Mittelfristiges Ziel ist die Einrichtung von offenen Ganztagsgrundschulen durch das Zusammenführen von vorhandenen Ganztagsangeboten für Grundschulkindern aus der Kinder- und Jugendhilfe (Hort, Schulkinderhäuser) und Schule (betreuende Grundschule) unter dem organisatorischen Dach der Schule in der Schulträgerschaft der Städte und Gemeinden.

Die Schulen müssen in das kulturelle, gesellschaftliche und sportliche Leben der Gemeinden und des Kreises integriert werden. Diese Öff-

nung der Schulen sollte auch freie Träger einbeziehen.

Wir wollen im Bereich Schulverwaltung/Schulentwicklung...

- eine regelmäßige Aktualisierung der Kommunikationstechnik erreichen,
- die Schulung und praxisnahe Einweisung der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Informationstechnologie fördern,
- eine bedarfsgerechte personelle Ausstattung des Schulsekretariats,
- einen bedarfsgerechten Einsatz der Hausmeister,
- die Verfügbarkeit und Verwendbarkeit technischer Geräte durch den Einsatz von technischen Assistenten gewährleisten,
- eine zuverlässige und nachhaltige Gesamtplanung der Schulentwicklung im Kreis voranbringen,
- wohnortnahe Schulstandorte sichern.

Wir wollen im Grundschulbereich...

- ein wohnortnahe Angebot an Schulen sichern und zeitgemäßes pädagogisches Handeln ermöglichen,
- einen flächendeckenden Ausbau des Angebots an echten Ganztagschulen,
- eine Weiterentwicklung des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler an möglichst vielen Standorten (integrativer Unterricht),
- die Unterstützung der Schulen durch mehr Lehrkräfte für die mobile Erziehungshilfe weiter ausbauen,
- Schulsozialarbeit an allen Grundschulen, finanziert durch den Kreis.

Wir wollen im Sekundarbereich...

- ein umfassendes, differenziertes und durchlässiges Bildungsangebot im Bereich der Klassen 5 bis 10 (9),

- das bestehende Ganztagsangebot sichern,
- den Ausbau der schulpsychologischen Dienste,
- die Teilnahme der Schulen am kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Leben der Gemeinden und des Kreises,

- auch in der Sekundarstufe I den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schüler ermöglichen,

- eine Verbesserung der beruflichen Orientierung durch Betriebspraktika auch in der gymnasialen Oberstufe in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Verbänden,

- Berufsmessen an Schulen, um damit den Kontakt zwischen Schülern und Firmen zu stärken.

Wir wollen im Bereich der beruflichen Schulen...

- das Schulangebot im Main-Taunus-Kreis auch in Bereichen mit rückläufigen Zahlen von Auszubildenden erhalten,

- die Informationstechnologie in bestehende Ausbildungsgänge stärker einbeziehen,

- den Sportunterricht auch für Berufsschüler durch Einrichtung schulnaher Sportstätten fördern,

- den Schüleraustausch innerhalb Europas im Rahmen von Berufspraktika fördern.

Wir wollen im Bereich der Erwachsenenbildung...

- die Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung fördern und ausbauen,

- die Erwachsenenbildung stärker auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen ausdehnen,

- besondere Angebote in den Einrichtungen für Erwachsenenbildung für ältere Menschen sowie für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger schaffen,

- eine umfassende Weiter- und Fortbildungsberatung fördern,

- Maßnahmen und Beratung zur Wiedereingliederung fördern und ausbauen.

2. DER MAIN-TAUNUS-KREIS UND DIE REGION

Das Rhein-Main-Gebiet gehört mit seinen rund 2 Millionen Einwohnern zu den bedeutenden Regionen Europas. Pulsierende Wirtschaft, Kultur auf hohem Niveau und reizvolle Landschaft verbinden sich zu hoher Lebensqualität.

Im Wettbewerb der Regionen kann das Rhein-Main-Gebiet seine Zukunft aber nur sichern, wenn es in Zeiten weltweiter Unternehmensstrategien seine Vorzüge als attraktiver, leistungsstarker, zum innovativen Engagement einladender Standort aktiv pflegt und weiter entwickelt und seine Stärken ausbaut. Zu diesen Stärken gehört eine polyzentrische Regionalstruktur, in der selbstbewusste Menschen in leistungsstarken, aber überschaubaren kommunalen Einheiten ihre eigene Identität geschaffen und bewahrt haben. Durch vorausschauende Regionalplanung wurde eine Zersiedlung der attraktiven Landschaft vermieden, im Vergleich zu anderen Ballungsräumen wurden anspruchsvolle Umweltstandards und hohe Wohnqualität erreicht oder bewahrt.

Die derzeitige politische Herausforderung liegt darin, diese gewachsenen Strukturen zu erhalten und dafür zu sorgen, dass ein politischer Handlungsrahmen geschaffen wird, durch den die Weiterentwicklung des Rhein-Main-Gebietes zu einer europäischen Spitzenregion gefördert, gelenkt und koordiniert wird. Es muss als „politische Region“ handlungsfähig werden. Dazu ist anstelle des Planungsverbandes eine neue kommunal verfasste und demokratisch legitimierte Organisation der Region erforderlich, die die Interessen der Region koordiniert, bündelt und nach außen vertritt, den Interessenausgleich zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften bewirkt und das Regionalbewusstsein der Bevölkerung und der politisch und wirtschaftlich Handelnden fördert. Ein informelles Gremium ohne Kompetenzen, wie der von der derzeitigen Landesregierung vorgese-

hene „Rat der Regionen“, kann diese Aufgabe nicht erfüllen.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Main-Taunus-Kreis wollen eine Neuorganisation der Rhein-Main-Region, die folgende Grundsätze erfüllt:

- mehr Bürgernähe und Bürgermitwirkung,
- kürzere und schnellere Verwaltungswege, d.h. Abbau von Verwaltungshierarchien, Dezentralisierung von Entscheidungen und Konzentration fachlicher Kompetenz,
- politische Steuerung und demokratische Kontrolle der sozialen und ökologischen Entwicklung der Region,
- solidarischer Ausgleich unterschiedlicher sozialer und ökologischer Belastungen in der Region.

Zu dieser Neuorganisation werden folgende Bausteine benötigt:

- Bildung eines Regionalverbandes Rhein-Main mit den kreisfreien Städten Frankfurt, Offenbach und Wiesbaden und den angrenzenden Landkreisen, der für regionale Aufgaben zuständig ist und klare Kompetenzen hat,
- Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Aufgabenverlagerung von oben nach unten auf Kreise, Städte und Gemeinden,
- mittelfristiger Abbau der staatlichen Mittelinstanz der Regierungspräsidien, Abschaffung der Landkreise und Bildung eines leistungsstarken Regionalkreises.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Main-Taunus-Kreis werden sich in diesem Sinne konstruktiv an der weiteren Diskussion um die Neuordnung der Rhein-Main-Region beteiligen, um eine starke Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Region zu ermöglichen.

3. MODERNISIERUNG DER KREISVERWALTUNG

Wir brauchen auch im Main-Taunus-Kreis eine moderne und leistungsfähige öffentliche Ver-

waltung, um die Aufgaben der Zukunft zu bewältigen.

Erste Reformschritte wurden in den vergangenen Jahren durch die Umstellung von Teilen der Verwaltung in andere Organisationsformen getan, wie z.B. die Gründung der Kliniken GmbH, die Main-Taunus-Recycling GmbH und die Rhein-Main-Deponie GmbH.

Die Öffentlichkeit ist durch jährliche Beteiligungsberichte zu informieren.

In den Kernbereichen der Kreisverwaltung wurden bisher lediglich Bestandsaufnahmen begonnen, aber nur wenige konkrete Schritte zur Veränderung angefangen, wie sie in anderen Kommunalverwaltungen schon praktiziert werden. Dieser Reformprozess muss forciert werden und er muss unter folgenden Voraussetzungen stattfinden:

- Veränderungen müssen nachweisbare Vorteile für die Bürgerschaft ergeben,
- der Prozess muss zu wirtschaftlichem Verwaltungshandeln führen, d.h. Steuermittel müssen effizient und zielgerichtet eingesetzt werden,
- Gender Mainstreaming (systematische Einbeziehung der jeweiligen Perspektive von Männern und Frauen in allen Bereichen) ist als Prinzip der Veränderung der gesamten Behördenkultur, zur Verbesserung der Zusammenarbeit unter den Beschäftigten und zur Verbesserung der Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger umzusetzen,
- die Beschäftigten der Kreisverwaltung müssen den Veränderungsprozess aktiv mitgestalten können, die notwendigen Veränderungen müssen für das betroffene Personal sozial verträglich sein,
- die Beschäftigten müssen motiviert und qualifiziert werden, diesen Veränderungsprozess mitzugestalten.

Folgende Reformmaßnahmen sind notwendig:

- Bestehende Aufgaben sind auf ihre Notwendigkeit hin kritisch zu überprüfen, überflüssige

Verwaltungsvorschriften müssen abgebaut werden,

- Aufgaben, die von den Städten und Gemeinden bürgernäher erledigt werden können, sind auf diese zu übertragen,
- Verwaltungsabläufe und Entscheidungsprozesse sind zu beschleunigen, wirtschaftliche Lösungen müssen erreicht werden,
- die Eigenverantwortung der Ämter ist durch dezentralen Einsatz der Haushaltsmittel (Budgetierung) weiter zu stärken; damit steigt auch die Verantwortungsbereitschaft der Beschäftigten,
- die Beschäftigten (auch in der Elternzeit) sind entsprechend ihrer jeweiligen Befähigung und persönlicher Lebenssituation durch Weiterbildung und Personalpolitik (u.a. flexible Arbeitszeiten, Frauenförderplan) regelmäßig zu qualifizieren und zu motivieren,
- die Verwaltung muss durch die Einführung betriebswirtschaftlicher Kosten- und Leistungsrechnung ihre Aufgaben kostenbewusster erledigen.

4. FINANZEN

Der Main-Taunus-Kreis ist von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Kommunen bislang glimpflich davongekommen. Dies hat er nicht zuletzt einigen finanzstarken Gemeinden und Städten des Kreises zu verdanken.

Um auch für die Zukunft eine nachhaltige Finanzwirtschaft zu etablieren, ist es nach wie vor dringend notwendig, die hohe Verschuldung des Kreises zurückzuführen, um Gestaltungs- und Handlungsspielräume zu sichern oder zurückzugewinnen.

Gleichzeitig muss dafür Sorge getragen werden, dass die vorhandenen Einrichtungen bürgergerecht betrieben werden und das Kreisvermögen durch effiziente und energiesparende Bauunterhaltung seinen Wert behält.

Die vorgelegte Vermögensbilanz in Höhe von über 500 Mio. Euro ist eine Scheinzahl, die nicht

berücksichtigt, dass darin Vermögen bilanziert ist, das im Notfall überhaupt nicht aktiviert werden kann (Schulen, Straßen, Brücken usw.).

Deshalb muss in der nächsten Wahlperiode versucht werden, durch eine offene und transparente Aufgabenkritik die Erfüllung der Kernaufgaben des Kreises finanziell zu stabilisieren und die freiwilligen und vielleicht wünschenswerten Aufgaben auf das notwendige und sozialverträgliche Maß zurückzuführen. Dies gilt besonders für die Mitfinanzierung regionaler Gesellschaften, bei denen der finanzielle Aufwand und die Ergebnisse in krassem Missverhältnis zueinander stehen.

Als konkrete Maßnahmen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Kreisfinanzen werden wir:

- Verwaltungskosten durch effektive Reformmaßnahmen senken,
- Synergieeffekte bei der Verwaltung und Bewirtschaftung der öffentlichen Gebäude nutzen,
- die Zusammenarbeit mit den Kommunen bei der allgemeinen Verwaltung und insbesondere im Bereich der Schulen und der Kinderbetreuung intensivieren; Aufgabendopplungen müssen beendet werden,
- die Grundschulen in den Zuständigkeitsbereich der Städte und Gemeinden zurückführen, da dort diese Aufgaben bürgernäher und effektiver gestaltet werden können,
- die Wirtschaftsförderung ausbauen, um die Einnahmen des Kreises und der Gemeinden zu stärken,
- mittelfristig dafür sorgen, auch die Einnahmesituation der Rhein-Main-Region insgesamt nachhaltig zu verbessern, denn unser Wohlstand hängt unmittelbar mit der Entwicklung unserer Region zusammen. Unabdingbare Voraussetzung zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes ist in diesem Zusammenhang eine umfassende Regionalreform

5. WIRTSCHAFTSSTRATEGIE FÜR DEN MAIN-TAUNUS-KREIS

Der Kreiskonzern (wirtschaftliche Unternehmen des MTK) sichert mit seinen Kernleistungen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Main-Taunus-Kreises. In der Zukunft ist es unerlässlich, dass die unterschiedlichen Betätigungsfelder noch besser aufeinander abgestimmt werden. Die SPD Main-Taunus tritt deshalb dafür ein, dass

- Kernleistungen der Daseinsvorsorge für den Kreis, die Städte und Gemeinden, ihre Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen auf wirtschaftlicher Basis garantiert werden,
- die Leistungserbringung effizient und qualitativ angemessen erfolgt,
- Doppeltätigkeiten vermieden werden,
- aktive Beiträge zu Umweltschutz und Nachhaltigkeit erbracht werden,
- ein effektives Beteiligungsmanagement sicherstellt wird, sowie jährliche Kernziele für die wirtschaftlichen Beteiligungen frühzeitig im Fachausschuss des Kreistages beraten werden.

Unter Daseinsvorsorge verstehen wir die Tätigkeiten in der Region, die durch den Kreis, die Städte und Gemeinden, Eigengesellschaften, Beteiligungsunternehmen oder beauftragte Dritte erbracht werden, um wirtschafts-, sozial-, umwelt- und kulturpolitische Ziele im öffentlichen Interesse für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen vor Ort zu erbringen.

Unter öffentlichem Interesse verstehen wir das Angebot von Infrastruktur und Dienstleistungen, das zur Sicherung des Standortes Main-Taunus beiträgt, die Grundversorgung und Zukunftsvorsorge erbringt. Dabei sind gerade auch die Chancen für zukünftige Generationen zu wahren.

Zwischen den Kreisbeteiligungen und den Städten und Gemeinden sind Absprachen über gegenseitige Unterstützungen unerlässlich. Gerade in Zeiten knapper Finanzen sind wirtschaftliche Tätigkeiten regelmäßig auf Synergieeffekte hin zu überprüfen. Kooperations- und Bündel-

ungspotentiale müssen geprüft und dort wo sich solche ergeben, genutzt werden.

Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit durch Beharrlichkeit und Überzeugungsvermögen die Grundlagen für jährliche Beteiligungsberichte gelegt. Inzwischen ist die gesetzliche Regelung ein wesentlicher Bestandteil der Kontrollfunktion des Kreistages gegenüber der Verwaltung und den Beteiligungen. Jetzt ist es an der Zeit die Arbeit fortzuentwickeln und sicherzustellen, dass für alle wesentlichen Beteiligungen frühzeitig jährliche Kernziele formuliert und im zuständigen Fachausschuss des Kreistages beraten werden.

6. ARBEITEN, BAUEN UND WOHNEN

Die sich heute abzeichnenden Veränderungen in der Lebenswelt vieler Menschen, sowie die weltweit wirkenden Einflüsse in der Struktur von Wirtschaft, Technik und die Spuren der Krise in der Finanzwelt wirken sich auch auf die künftige Entwicklung des Main-Taunus-Kreises sichtbar aus und stellen die Kommunalpolitik vor zentrale Herausforderungen. Dies zu bewältigen erfordert einen verantwortungsbewussten Umgang mit der künftigen Siedlungsentwicklung im Einklang mit Natur und Umwelt

Die städtebauliche infrastrukturelle und siedlungspolitische Entwicklung im Main-Taunus-Kreis mit allen ihren Facetten ist mehr, als bisher geschehen, mit den Entwicklungen in den einzelnen Kommunen und den benachbarten Gebietskörperschaften in der Region abzustimmen. Die heute schon vorhandene dichte Besiedlung des Main-Taunus-Kreises ist auch in den kommenden Jahren einem anhaltenden Druck durch Zuzug von Menschen und die Zunahmen des Wohnflächenanspruchs der Bewohner gekennzeichnet.

Dies darf aber nicht zu Lasten von Landschaft, Natur und Umwelt gehen. Der Verbrauch von Landschaft und Energie ist zu minimieren. Durch die Verdichtung der Bebauung, die Schließung von Baulücken und ökologisch orientierte energiesparende Bau- und Siedlungsweisen muss die Zersiedelung der Landschaft und die Zerstörung einer lebenswerten Umwelt verhindert werden.

Bauen und Wohnen muss für alle wieder bezahlbar werden. Für Wohnen und Leben als Grundbedürfnis muss es nicht nur für Besserverdienende, sondern auch für junge Familien mit Kindern, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit durchschnittlichem und geringem Einkommen, Rentner und Rentnerinnen bezahlbaren Wohnraum geben. Eine soziale Verdrängung aus dem Kreis gilt es zu verhindern.

Die nach wie vor anhaltende kontinuierliche Zunahme der Bevölkerung im Main-Taunus-Kreis und die damit verbundenen zunehmenden Bedürfnisse nach mehr Beweglichkeit im Alltag führen zwangsläufig zu einem höheren Verkehrsaufkommen. Der Main-Taunus-Kreis mit einer sehr hohen Kraftfahrzeugdichte kann den Wettlauf, auf steigendes Verkehrsaufkommen mit noch mehr Straßen zu antworten, nicht gewinnen. Schwerpunkt einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik muss die Entwicklung von Konzepten zur Verkehrsvermeidung und die Verlagerung von Verkehr auf den Umweltverbund sein. Den öffentlichen Personennahverkehr gilt es stärker auszubauen und attraktiver und sicherer zu gestalten. Die Vernetzung des integrierten Verkehrsmanagements über die Gebietskörperschaften hinaus bedarf des Zusammenspiels der unterschiedlichen Verkehrsträger. Soweit einzelne Straßenbauprojekte zur Entlastung von Ortskernen erforderlich sind, brauchen wir umweltverträgliche Lösungen.

6.1. ARBEITEN

Wir werden...

- die Entwicklung des MTK in ein Technologie- und Dienstleistungszentrum fördern, neue innovative Betriebe ansiedeln und die Bedingungen für Betriebsgründungen erleichtern,
- nachhaltig und umweltfreundlich wirtschaftende Betriebe ansiedeln und Anreize für Umweltschutzbemühungen schaffen,
- gezielte Wirtschaftsförderungspolitik betreiben und die bedarfsorientierte Ausbildung für junge Menschen im Kreisgebiet sichern,

▪ das Angebot öffentlich geförderter Beschäftigung, Qualifizierung und Berufsorientierung für benachteiligte Gruppen des Arbeitsmarktes unterstützen,

▪ das mittelständische Gewerbe unseres Kreises verstärkt durch Leistungsverträge in der Bauunterhaltung an der Vergabe öffentlicher Aufträge beteiligen,

▪ Beratung und Hilfestellung für Unternehmen, die Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern wollen,

▪ Ausbildungsbetriebe bevorzugt bei der Vergabe von Aufträgen des MTK berücksichtigen,

▪ Ausbildungsplätze, die langfristig eine qualifizierte Berufsausbildung garantieren, auch in öffentlichen Betrieben und der Verwaltung bereitstellen bzw. fördern.

6.2. BAUEN UND WOHNEN

Wir werden...

▪ Nachhaltigkeit als Leitziel bei Siedlungsentwicklung und bei der Realisierung von kreiseigenen Baumaßnahmen festschreiben und weiterentwickeln,

▪ ein umfassendes nutzerfreundliches (an den Bedürfnissen der Nutzer orientiertes) Gebäudemanagement zur effizienten Verwaltung kreiseigener Liegenschaften ausbauen,

▪ die Abstimmung und Koordinierung der gemeindeübergreifenden Siedlungsplanungen im MTK gemeinsam mit den Kommunen verbessern,

▪ Synergieeffekte bei Neu- und Umbaumaßnahmen des MTK erzielen durch die Möglichkeit der ergänzenden kommunalen Nutzung von Räumen in Schulen,

▪ ökologische energiesparende Baukonzepte z. B. für Wohnsiedlungen in Passivhausbauweise gemeinsam mit Kommunen, Bauträgern und Planern erarbeiten,

▪ preiswerten Wohnraum besonders für Familien mit Kindern in den Kommunen auch als

Mehrgenerationenhäuser fördern und ausbauen,

- bei der Entwicklung von Bauland Modelle der sozial gerechten Bodennutzung anwenden,
- Unternehmen finanziell am Wohnungsbaun und der Schaffung von Infrastruktureinrichtungen, z. B. Kindergärten, beteiligen,
- die für die Bedürfnisse der Bürger notwendige Infrastrukturentwicklung und Nutzungsmischung besonders in unseren Innenstädten stärken,
- durch kosten-, energie- und umweltbewusstes Bauen, die Umsetzung von einfachen Baustandards die kreiseigenen Gebäude bei Neu- und Umbaumaßnahmen nutzergerechter bauen,
- das durch die SPD initiierte erweiterte Programm zur Sanierung von Schulen und Turnhallen zügig weiterentwickeln und umsetzen sowie Baumaßnahmen für die Einrichtung von Ganztageeinrichtungen an allen Schultypen mit Priorität realisieren,
- die Erhaltung, Sicherung und Weiterentwicklung von naturnahen Grünflächen fördern, Erholungsflächen im Regionalpark ausbauen und mit den Randgebieten vernetzen,
- durch organisatorische Maßnahmen dafür sorgen, dass die Unterhaltung und der Betrieb der Schulen wirtschaftlicher wird, z.B. durch Energiesparmaßnahmen sowie modellhaftem Bau von Passivhausschulen als Standard für künftige Lösungen,
- das Interesse der Nutzer (Lehrer/innen, Schüler/innen, Hausmeister) an Kosteneinsparungen fördern, z.B. durch Einbeziehung der Nutzer und Belohnung der Energiesparbemühungen und Verhaltensänderungen.

7. VERKEHR UND UMWELT

7.1. VERKEHR

- im Rahmen der Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft und des Rhein-Main-Verkehrsverbundes die Buslinien im Main-

Taunus-Kreis, z.B. durch eine neue Querverbindung zwischen Hofheim und dem Flughafen, optimieren und ergänzen,

- die Buslinien und S-Bahnen in Qualität, Angebot und Pünktlichkeit attraktiver gestalten,
- in verkehrsschwachen Zeiten das ÖPNV-Angebot durch Anruf bzw. Anschluss von Sameltaxis möglichst überall ergänzen sowie Bürgerbussysteme zur sinnvollen Ergänzung des ÖPNV in den Kommunen einführen,
- durch neue Schienenverbindungen in der Region das vorhandene nach Frankfurt ausgerichtete S-Bahn-Netz ergänzen durch eine Verbindung zum Flughafen und zum Main-Taunus-Zentrum sowie eine verbesserte Anbindung nach Wiesbaden,
- durch kundenorientierte Preisgestaltung durch den RMV Jobtickets für größere Betriebe und Verwaltungen attraktiver machen,
- durch Einführung eines bargeldlosen Fahrscheiners die Qualität für die Nutzer und die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV erhöhen,
- durch Zusammenarbeit und Kooperation mit benachbarten Verkehrsgesellschaften in der Region die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV verbessern und Kosten sparen,
- Fahrgastbeirat und Interessensverbände verstärkt an der Gestaltung eines attraktiven ÖPNV beteiligen,
- bei Ortsumgehungen die notwendig sind, reduzierte, umweltverträgliche Lösungen realisieren sowie Verkehrsberuhigungen an den Ortseingängen in Abstimmung mit den Kommunen realisieren,
- das durch Initiative der SPD geplante Radverkehrsnetz für den Main-Taunus-Kreis in Verbindung mit den Städten, Gemeinden und Interessensverbänden systematisch weiterentwickeln, ausbauen und attraktiver gestalten,
- bei allen weiteren Verkehrsplanungen ein integriertes Verkehrskonzept für den Main-Taunus-Kreis und die Region erreichen, durch das die Verkehrsmittel aufeinander abgestimmt

werden, um Mobilität ökologisch vertretbar und barrierefrei zu gestalten.

7.2. UMWELT

Die Bewahrung oder Schaffung einer intakten Umwelt ist nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen, sondern auch für die heute lebenden Menschen von existentieller Bedeutung. Sauberes Wasser und natürlicher Boden gehören ebenso zu einem menschlichen Leben wie reine Luft und eine naturnahe, Erholung bietende Landschaft.

Die SPD wird sich im Sinne der Lokalen Agenda 21 weiterhin für eine nachhaltige ökologische und soziale Entwicklung des Main-Taunus-Kreises einsetzen. Die Wende zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft und damit verbunden eine deutliche CO₂-Reduzierung ist für die SPD eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. Ein Schwerpunkt für unsere Umwelt- und Klimaschutzpolitik auf Kreisebene bleibt die Energieeinsparung und der Ausbau der Energieversorgung durch erneuerbare Energien wie Biomasse und Sonnenenergie sowie Geothermie. Zur Erhaltung der Mobilität der Bevölkerung wollen wir den Umweltverbund aus Öffentlichem Personennahverkehr, Fahrrad- und Fußverkehr weiterhin fördern und ausbauen, um die Umweltbelastung und den Flächenverbrauch durch den Verkehr zu reduzieren.

Hohe Priorität hat für uns auch der Natur- und Landschaftsschutz. Ziel ist eine kreisweite Lebensraumvernetzung der bestehenden und zukünftigen Schutzgebiete zu einem ökologischen Verbundsystem. Dadurch werden die Erhaltung und die Regeneration der natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft ermöglicht.

Politik muss dafür sorgen, dass die Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen nachhaltig erhalten bleiben. Grundlage für die politischen Entscheidungen im Main-Taunus-Kreis muss deshalb auch eine laufend zu aktualisierende Umweltbilanz sein, durch die die Einhaltung oder Erreichung von Umweltqualitätszielen gemessen werden kann.

A) LANDSCHAFT

Wir werden...

- größere Bereiche der Naturlandschaften als geschützte Lebensräume für Pflanzen und Tiere erhalten und weitere Natur- und Landschaftsschutzgebiete ausweisen,
- die Verbindung von Rekultivierungsflächen, Naturschutzgebieten und Biotopen, wie Wälder, Teiche und Bachauen, zu einer kreisweiten Biotopvernetzung ausbauen,
- naturbelassene Naherholungsgebiete erhalten und weiterentwickeln,
- das Regionalparkkonzept in allen Kommunen des Kreises zügig umsetzen und die vorhandenen Parkbereiche in Hattersheim, Hochheim, Flörsheim, Kriftel und Schwalbach pflegen und ausbauen,
- die Naturschutzverbände und die Landwirte verstärkt an der Planung und Gestaltung des Regionalparkkonzeptes vor Ort beteiligen,
- u.a. Landwirte, Jäger und Angler in das Landschaftsschutzkonzept einbeziehen (Landwirte sollen als Verbündete für den Natur- und Landschaftsschutz gewonnen werden, (z. B. im Rahmen eines ökologisch vertretbaren Landbaus sowie der Pflege von besonderen Lebensräumen und Habitaten),
- landwirtschaftliche Produktionen und deren Absatz fördern, die dem Erhalt und der Pflege der Landschaft dienen (Musterbeispiel ist die Apfelweinproduktion, die auch der Erhaltung der Streuobstwiesen dient),
- die Apfelwein-/Obstwiesenroute ausbauen und den Streuobstwiesenverein sowie die Imkerei fördern,
- attraktive nahtouristische Ziele durch Rad- und Wanderwege erschließen, z.B. durch Regionalparkrouten oder eine durchgängige Radroute entlang des Schwarzbachs,
- bestehende Schutz- und Bannwaldbestände ergänzen,

- Pflege und Bewirtschaftung des Waldes in staatlicher oder kommunaler Hand behalten,
- eine Privatisierung des öffentlichen Waldes ablehnen,

- illegalen Eingriffen in Landschaft und Natur ahnden,

- mehr Natur in die Wohn- und Gewerbegebiete der Städte und Gemeinden bringen,

- einen jährlich zu erstellenden Naturhaushaltsplan für den Main-Taunus-Kreis fordern, durch den die Nutzung der natürlichen Ressourcen (Wasser, Rohstoffe, Boden, Landschaftsflächen) und die Belastung der Umwelt (Emissionen, Immissionen) bilanziert wird, um Nachhaltigkeit und Zukunftsbeständigkeit zielgerichtet anzustreben und nachprüfbar zu erreichen. Dazu gehört auch ein jährlicher Waldschadensbericht.

B) BODEN

Wir werden...

- die zunehmende Bodenversiegelung einschränken und, wo möglich, Flächen entsiegeln, z.B. bei Schulhöfen,
- noch vorhandene Altlasten sanieren,
- ein Kataster über die Schadstoffeinträge in Böden aufbauen und damit die Grenzen der Belastung durch Klärschlämme, Pflanzenschutzmittel und Handelsdünger kontrollieren.

C) LUFT

Wir werden...

- den Schadstoffausstoß bei bestehenden Energieversorgungs- und Feuerungsanlagen reduzieren,
- die Umstellung der Energieversorgung auf umweltfreundliche Systeme vorantreiben,
- verhindern, dass bestehende Frischluftschneisen zugebaut werden,
- auf dem Gebiet des Main-Taunus-Kreises die Luftqualität einschließlich der Feinstaubbe-

lastung systematisch kontrollieren. Bei Überschreitung der zulässigen Grenzwerte müssen geeignete Gegenmaßnahmen ausgeführt werden.

D) WASSER

Wir werden...

- begradigte und verbaute Bach- und Flussläufe zurückbauen, um verloren gegangenen Lebensraum von Pflanzen und Tieren zurück zu gewinnen,

- natürliche Überflutungsflächen anstelle von künstlichen Regenrückhaltebecken schaffen,

- den Hochwasserschutz systematisch verstärken und die Vorsorge gegen Katastrophenfälle ausbauen,

- Zisternen einrichten, um Regenwasser als Brauchwasser nutzen zu können,

- die Grundwasserqualität besser überwachen, insbesondere im Bereich der Altdeponien,

- Konzepte zum sparsamen Umgang mit Wasser entwickeln, um die Trinkwasserversorgung langfristig zu sichern,

- im Landbau Bewirtschaftungsformen fördern, die den Einsatz von Schädlingsbekämpfung- und Düngemitteln vermindern, um die Grundwasserbelastung zu reduzieren,

- jährliche Informationen über den Zustand der Gewässer im Kreis einholen,

- in allen Kläranlagen die Reinigungsleistung optimieren,

- dafür sorgen, dass die Sicherung der Wasserversorgung unter der Kontrolle der öffentlichen Hand bleibt.

E) ABFALL

Wir werden...

- an erster Stelle Abfall vermeiden,

- die regionale Zusammenarbeit in der Abfallentsorgung und -verwertung ausbauen,

- das im Main-Taunus-Kreis aufgebaute System der Wiederverwertung ausbauen und die Vermarktung der wiedergewonnenen Wertstoffe fördern,

- wirtschaftliche Alternativen zum "Grünen Punkt" ermöglichen,

- die Rekultivierung abgeschlossener Verfüllflächen der Deponie Wicker fortsetzen,

- Bioabfälle aus Haushalten getrennt sammeln und kompostieren.

F) LÄRM

Wir werden...

- die Erstellung eines Lärmgutachtens für die Gesamtregion mit allen Lärmquellen (Flug-, Auto- und Schienenverkehr) fordern, uns dafür einsetzen, die Gesamtbelastung der Rhein-Main-Region langfristig zu reduzieren. Dazu gehört die überprüfte Optimierung der An- und Abflugverfahren mit dem Ziel, durch Bündelung und Streuung vorgegebener Lärmkontingente, orientiert am Amsterdamer Verfahren, Lärm zu vermindern,

- Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Landstraßen fordern, wo es aus Lärmschutzgründen sinnvoll und notwendig ist und deren Überwachung durch Verkehrskontrollen sicherstellen,

- Schallschutzmaßnahmen gegen Verkehrs- und Industrielärm zum Schutz der Betroffenen vornehmen,

- Lärminderungspläne für die Kommunen des Kreises unter Berücksichtigung aller Lärmquellen einfordern.

G) FLUGHAFEN

Wir werden...

- uns dafür einsetzen, dass keine zusätzliche Start- oder Landebahn auf dem Frankfurter Flughafen gebaut wird,

- keine zivile Flugnutzung von Erbenheim dulden,

- dafür einsetzen, alle Abläufe auf dem Rhein-Main-Flughafen zu optimieren, mit dem Ziel der Entlastung der betroffenen Bevölkerung, z. B. durch moderne Radaranlagen und Verbesserung der Abfertigungsabläufe,

- uns für ein generelles Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr einsetzen,

- die Senkung des Dauerschallpegels mittelfristig tagsüber auf den Schwellenwert von 62 dB(A) und langfristig (bis 2015) auf den Vorsorgewert von 60 dB(A) fordern. Der entsprechende Wert für die Nacht sollte 32 dB(A) betragen.

8. ENERGIE

8.1. ENERGIEWENDE SCHAFFT ARBEIT UND ÖKOLOGISCHE ZUKUNFT VOR ORT

Der Ausbau erneuerbaren Energien ist eine sozial- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit. In naher Zukunft werden die Preise der fossilatomaren Energieträger die der erneuerbaren übersteigen – wer aber dann erst anfängt, seine Energieversorgung umzubauen, der hat viel Zeit und auch viel Kapital verloren.

Die Wende zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft stellt für uns Sozialdemokraten eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre dar, für die Kommunen, die Bürgerinnen und Bürger sowie für Handwerk und Mittelstand. Vor Ort eröffnet der Wandel auch in den kommenden Jahren vielfältige neue Chancen:

Anlagen der erneuerbaren Energien erwirtschaften in doppelter Hinsicht Geld in die klammen kommunalen Kassen. Zum einen durch Erträge, wenn sich die Anlage in kommunalem Besitz befindet, und zum anderen durch nicht unerhebliche Gewerbesteueranteile. Die regionale Wertschöpfung wollen wir auf diese Weise stärken.

Erneuerbare Energien und Maßnahmen für mehr Energieeffizienz bringen Aufträge für das örtliche und regionale Handwerk und mittelständischen Unternehmen und helfen dabei, die Vorreiterrolle der deutschen Wirtschaft auf diesem Zukunftsfeld auszubauen.

Erneuerbare Energien und energieeffiziente Maßnahmen machen Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen unabhängiger von steigenden Rohstoffpreisen und führen kurz- bzw. mittelfristig zu Kosteneinsparungen gegenüber den fossilen und nuklearen Energiequellen.

8.2 DER MAIN-TAUNUS-KREIS ALS VORREITER IN DER NUTZUNG ERNEUERBARER ENERGIEN

Wir wollen...

- dass der Main-Taunus-Kreis gemeinsam mit seinen Kommunen eine Vorbildrolle bei der notwendigen Energiewende übernehmen,
- die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien fortschreiben,
- jährlich einen Energiebericht für alle kreiseigenen Liegenschaften aufstellen,
- die Einrichtung eines Kompetenz-/Anwenderzentrums für regenerative Energien im Main-Taunus-Kreis im Deponiepark unterstützen,
- ein nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen, sowie neue Arbeitsplätze in Mittelstand, Handwerk und den neuen Technologien realisieren,
- den Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen und Strategien, wie Konzepte für CO₂ freie Kommunen der Zukunft entwickeln,
- ein klares „Ja“ zu eigenen Anlagen, sowie die Beteiligung an Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien forcieren.

8.3. DIE REKOMMUNALISIERUNG DER ENERGIEVERSORGUNG

Wir wollen...

- die Stromnetze durch die Kommunen zurückkaufen um so wieder einen größeren politischen Einfluss auf die kommunale Energiepolitik gewinnen zu können und den Anteil an erneuerbaren Energien darüber auszuweiten. Denn durch die Rekommunalisierung der Verteilnetze erhält das

Gemeinwohlinteresse gegenüber Gewinnmaximierung einen hohen Stellenwert,

- die regionale Wertschöpfung, sowie Arbeitsplätze stärken und die erwirtschafteten Renditen den kommunalen Haushalten zuführen,
- die kommunalen Stromnetze zu einem intelligenten Netz („Smart Grid“) umbauen, welches die Aufnahme und Verteilung erneuerbarer Energien erleichtert.

8.4. ERNEUERBARE ENERGIEN IN WASSER- UND ABFALLWIRTSCHAFT

Wir wollen, dass die Erzeugung erneuerbarer Energien im Bereich der Wasser- und Abfallwirtschaft gefördert wird.

8.5. SOLARE BAU- UND STADTPLANUNG

Wir wollen...

- dass der Main-Taunus-Kreis bereits bei seiner Bauplanung in Zukunft die möglichst optimale Nutzung erneuerbarer Energien berücksichtigt,
- die Einführung erneuerbarer Energien durch innovative Finanzierungs- und Bürgerbeteiligungsmodelle beschleunigen,
- eine kommunale Energiestatistik und Energiebilanz um Fortschritte deutlich dokumentieren zu können. Insbesondere bei folgenden beispielsweise genannten Maßnahmen:

- ➔ Optimierung des Energiemanagements bei kreiseigenen Liegenschaften
- ➔ Optimierung bei der Ersatzbeschaffung energieverbrauchender Geräte
- ➔ Energieeffizienzkampagnen mit den Gewerbetrieben,
- ➔ Energieteams und Prämienmodelle in Kindergärten, Schulen, Sportstätten und Vereinen
- ➔ Förderung der Biomasse-Erzeugung.

Die Akzeptanz der Erzeugung von erneuerbarer Energien steigt, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger an solchen Projekten beteiligen können.

8.6. BILDUNGSMASSNAHMEN

Wir wollen Bildungsinitiativen für erneuerbare Energien auf den Weg bringen, und dass die allgemeine Bildung sowie die berufliche Ausbildung und Weiterqualifizierung im Bereich der erneuerbaren Energien vom Landkreis und den Kommunen gezielt gefördert werden. Bei Kindern und Jugendlichen wollen wir schon früh Begeisterung für den Umweltschutz wecken. Das Umweltbewusstsein unserer Bürger ist heute schon sehr ausgeprägt. Um dies noch zu steigern, fordern wir, dass schon in der frühkindlichen Bildung, in der pädagogischen Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern und in der Zusammenarbeit mit den Bildungspartnern, umweltpädagogische Aspekte in die Bildungsarbeit mit aufgenommen werden. Gerade Kinder und Jugendliche können so für den Umweltschutz sensibilisiert werden.

8.7. DIE INTENSIVIERUNG DER KOMMUNALEN ENERGIEAGENTUR

Wir wollen lokale Energieagenturen verstärkt fördern, die unabhängige, neutrale Beratungsleistungen für Bürger, Unternehmen und Politik erbringen sowie die Erhebungen und Potenzialberechnungen in der Kommune durchführen.

9. KULTUR

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fördern das vielfältige soziale Beziehungsgeflecht von kultureller Bildung, Kultur, Gesellschaft, Sport und anderer Bereiche der Freizeitgestaltung.

Die Aufgabe des Kreises im Bereich Kultur ist die Unterstützung der Kooperation und Vernetzung der kulturellen Aktivitäten und Angebote in den Städten und Gemeinden des Kreises.

Wir werden...

- für alle kulturellen Bereiche Datenbanken entwickeln in denen sich die Kunst- und Kulturschaffenden des Kreises eintragen können.
- Bürgerliches Engagement als Grundlage einer Kultur für Alle unterstützen, neue kulturelle Ideen fördern.
- Ein Internet-Portal „Kultur“ mit einem digitalen Kulturkalender, der immer auf dem neuesten Stand gehalten wird, aufbauen und pflegen,
- Gemeindeübergreifende kulturelle Aktivitäten wie z.B. Festspiele mit verschiedenen Aufführungsorten im MTK entwickeln, fördern und koordinieren,

Wichtig ist uns die kulturelle Bildung und ästhetische Erziehung unserer Kinder von Anfang an.

Wir wollen...

- die Organisation eines Theaterfestivals für Kinder in Kindertagesstätten und Grundschulen zusammen mit den Städten und Gemeinden,
- die Gründung eines Musikschulfonds, der musikalische Früherziehung für alle Kindertagesstätten ermöglicht und Instrumentalunterricht in Grundschulen anbietet, um musikalisch talentierten Kindern das Erlernen eines Instruments – unabhängig von ihren finanziellen Voraussetzungen – zu ermöglichen,
- die Entwicklung eines Projektes „Kunst in die Schule“, wie z. B. beim Holzbildhauer-Symposium in Eppstein und zusammen mit Kunstpädagogen, Künstlern, Kunststudenten, Kindern und Jugendlichen den Zugang zur Bildenden Kunst ermöglichen,
- Entwicklung eines Projektes zusammen mit der Stiftung Lesen in Mainz, das die Leseförderung vor allem bei Grundschulkindern auf breite Füße stellt.

10. SPORT

Sport ist ein wesentlicher Ausdruck unserer Freizeitkultur. Er trägt zur Lebensqualität und Lebensfreude bei, schafft Gemeinschaftserlebnisse und ist im Rahmen der Gesundheitsvor-

sorge wichtig. Orientiert am Grundsatz „Sport für alle“ wollen wir vor allem den Breitensport und den Behindertensport unterstützen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Förderung des Kinder- und Jugendsports.

Wir werden...

- die Zusammenarbeit mit den Sportverbänden weiter ausbauen,
- den Vereins-Sportstättenbau bedarfsorientiert fördern,
- die Sporthallen des MTK den Vereinen weiterhin kostenlos zur Verfügung stellen – auch in den Ferien,
- die Aus- und Weiterbildung der Jugend- und Übungsleiter unterstützen,
- den Schulsport fördern (jede Schule braucht eine Sporthalle in unmittelbarer Nähe),
- die Jugendarbeit in den Vereinen fördern,
- die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Verein fördern,
- die Öffnung der Sporthallen des MTK für Angebote der Jugendhilfe/Jugendarbeit einführen,
- die Schulhöfe als Spielflächen für Kinder und Jugendliche öffnen,
- den Rehabilitations- und Behindertensport fördern.

11. DER MAIN-TAUNUS-KREIS ÜBERNIMMT VERANTWORTUNG IN DER EINENWELT

Im Zeitalter der Globalisierung sind wir alle aufgefordert, Verantwortung für unsere Welt zu übernehmen. In einem wirtschaftsstarken Landkreis im Ballungsraum ist die Globalisierung gelebte Wirklichkeit für viele Menschen, für viele Unternehmen hier vor Ort.

Daher wollen wir, dass der Main-Taunus-Kreis sich dieser Aufgabe stellt, in dem er

- die Millenniumerklärung der Vereinten Nationen unterzeichnet,
- Organisationen, Vereine und Kirchen in ihrer Arbeit unterstützt, Entwicklungspartnerschaften auf- und auszubauen, Vernetzungsarbeit leistet und unterstützt, z.B. durch Zugänge zu Schulen und der VHS,
- Bildungsarbeit vor Ort zu fördern, die Kinder und Jugendliche in unseren Schulen werden die erste Generation sein, die sich in einer globalen Welt behaupten müssen. Dass Wissen um andere Kulturen, die Offenheit damit umzugehen, wird ein entscheidender Faktor in diesem globalen Wettbewerb sein,
- Faires Beschaffungswesen in Abstimmung mit der örtlichen Wirtschaft einführen,
- Ausrichtung der kommunalen Partnerschaftsarbeit auf Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (z. B. Aufnahme des Themas in die Arbeitsprogramme mit den Kreispartnerschaften und Austausch über Aktivitäten in den Partnerkommunen bzw. Durchführung gemeinsamer Aktionen).

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Die Unterbezirksvorsitzende Nancy Faeser MdL für den Vorstand der SPD Main-Taunus, Nordring 33, 65719 Hofheim/Ts.

Mehr über die SPD Main-Taunus finden Sie im Internet unter www.SPD-Main-Taunus.de.

Das vorliegende Programm wurde am 13. November 2010 auf dem ordentlichen Parteitag der SPD Main-Taunus in Flörsheim angenommen und redaktionell aufbereitet.